

So zerstören gpa-djp und VIDA reguläre Kollektivverträge

Oder: Worüber Medien nicht schreiben und was Sie dennoch eines Tages treffen kann (v1.1, 2010/01)

Ein Trend zur Vertuschung der rasant zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit – bereits gut die Hälfte der offiziell gemeldeten Arbeit Suchende sind länger als ein Jahr arbeitslos – setzt das AMS verstärkt auf vorgebliche „Wiedereingliederungsmaßnahmen“ in Form von „Transitarbeitsplätzen“ bei „Sozialökonomischen Betrieben“ (SÖBs) bzw. „Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten“ (GBP). Früher war es üblich, dass SÖBs die regulären Kollektivverträge der für die jeweilige Arbeit in der in Frage kommenden Branchen zahlten. Das ist nun seit gut 2 Jahren dank der Gewerkschaften gpa-djp und VIDA anders: Diese ließen sich von Unternehmerseite dazu erpressen, in den BAGS-KV und den BABE-KV eine besonders schlechte Sonderregelung für „Transitarbeitskräfte“ herein zu nehmen.

Kollektivvertragsrechte ade!

Mit Zustimmung von gpa-djp und VIDA werden „Transitarbeitskräfte“ folgende ansonsten in Kollektivverträgen zugestanden Rechte vorenthalten:

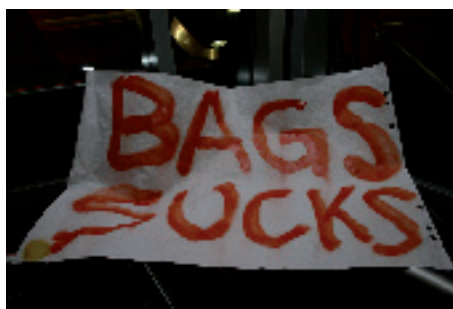
1. Recht auf **Einstufung nach Verwendung:**

Im BAGS-KV gibt es zwar vier Einstufungen mit 1.139 Euro für ungelernete Hilfskräfte bis 1.301 für koordinierend und selbständig arbeitende Arbeitskräfte, in der Regel wird allerdings in die niedrigste Stufe eingestuft. Auch ist der Unterschied von nicht einmal 200 Euro alles andere als angemessen für die breite Spannweite an in Frage kommenden Tätigkeiten.

2. Recht auf **Berücksichtigung der Ausbildung/Qualifikation:**

Weder BABE-KV noch BAGS-KV gestehen Transitarbeitskräften eine Berücksichtigung der Qualifikation beim Gehalt zu. Selbst hochqualifizierte ForscherInnen oder Führungskräfte werden auf Hilfsarbeitsniveau heruntergedrückt.

3. Recht auf **Anrechnung der Berufserfahrung/Vordienstzeiten:**



Auch hier kennen BAGS-KV und BABE-KV keine Gnade: Selbst erfahrende ArbeitnehmerInnen werden auf Hilfsarbeiter- und AnfängerInneniveau runter gedrückt.

4. **Recht auf Gehaltsvorrückungen:**

Selbst bei mehrmaliger Zuweisung zu „Transitarbeitsplätzen“ – für viele Langzeitarbeitslose leider schon Realität – erhalten die betroffenen ArbeitnehmerInnen keine Gehaltsvorrückungen.

5. **Recht auf Interessensvertretung:**

Da „Transitarbeitsplätze“ in „sozialökonomischen Betrieben“ und „gemeinnützigen Beschäftigungsinitiativen“ in der Regel nicht mehr als 6 Monate dauern, dürfen „TransitarbeiterInnen“ keinen (eigenen) Betriebsrat wählen und haben leider de facto auch in den Gewerkschaften keine Interessensvertretung. Gibt es einen Betriebsrat, vertritt der oft eher die Interessen der TäterInnen, als jene der Opfer dieser Zwangsmassnahmen. Erwerbsarbeitslose gehören in Österreich zur einzigen größeren Bevölkerungsgruppe, der keinerlei politische Interessensvertretung zugestanden wird.

Theoretisch sollen „Transitarbeitsplätze“ sogenannte „Vermittlungshindernisse“ überwinden und in den „ersten Arbeitsmarkt“ integrieren. Wegen des technischen Fortschritts und dadurch fortschreitender Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen sowie wegen der Globalisierung (massive Auslagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländern) wird es in einer kapitalistisch geprägten Wirtschaft und Gesellschaft nie wieder die vielbeschworene „Vollbeschäftigung“ geben. Daher werden Arbeit suchende ArbeitnehmerInnen

immer wieder solchen „Transitarbeitsplätzen“ zugewiesen, um so aus der Langzeitarbeitslosenstatistik herauszufallen. Schlecht bezahlte, dequalifizierende und demotivierende Zwangsarbeit bietet allerdings keinesfalls eine Lebensperspektive.

Zum Beispiel: Aktion Gemeinde – Zwangsarbeit auf Steirisch

In den 80er und frühen 90er Jahren lehnten die SPÖ und Gewerkschaften den Ruf der FPÖ nach Zwangsarbeit für Langzeitarbeitslose in Form „gemeinnütziger Arbeit“ kategorisch als faschistoid ab. Nun ist es genau diese SPÖ – z.B. Franz Voves in der Steiermark – und die AK unter Herbert Tumpel, die „gemeinnützige Arbeit“ als angebliches Wundermittel gegen die Dauerkrise am Arbeitsmarkt anpreisen und so die rechte Politik der FPÖ umsetzen.

So werden in der Steiermark mit der „Aktion Gemeinde“ Langzeitarbeitslose in deren Heimatgemeinde – zur Bloßstellung? – auf 3 Monate zwangsverpflichtet, ohne dass den Betroffenen ArbeitnehmerInnen der reguläre Kollektivvertrag für Gemeindebedienstet gezahlt wird. Die Gemeinde zahlt nichts, die Kosten tragen die ArbeitnehmerInnen via Arbeitslosenversicherung und Steuerzahlungen. Vermutlich handelt es sich bei der „Aktion Gemeinde“ um verschleierte Personalüberlassung, da selbst im Verwaltungsbereich „TransitarbeiterInnen“ eingesetzt werden und laut Arbeitskräfteüberlassergesetz nach dem jeweils anzuwendenden KV des Beschäftigerbetriebes zu entlohnen wäre.

Zu befürchten ist, dass verschuldete Gemeinde auf Kosten der Allgemeinheit und der Arbeit suchenden ArbeitnehmerInnen reguläre Arbeitsplätze abbauen werden. Laut Städtebund-Vorsitzender Bürgermeister Bernd Rosenberger – so die steirische Zeitschrift „Korso“ –, sei die Aktion ein Segen, weil der Personalstand aufgrund der Einsparungen „äußerst knapp“ sei und „wir daher Spitzen im Arbeitsbedarf über diese Aktion abdecken können.“

schreibung dieses Zwangsarbeitsprogrammes.

Gewerkschaft – wo bleibst Du?

Es bleibt unverständlich, warum die Gewerkschaften selbst Ihre eigenen Arbeit suchenden Mitgliedern, die Jahrzehnte lang brav den Mitgliedsbeitrag gezahlt haben, derart in Stich lassen und üble Kollektivverträge ohne Einbeziehung der Betroffenen aushandeln.

In der **gpa-djp** liegt seit über 4 Jahren ein Konzept für eine Interessensgemeinschaft für Arbeit suchende Mitglieder in der Schublade, ohne dass die gpa-djp-Führung auch nur im Gerinsten an dessen Umsetzung denkt.

In der **Gründungszeit** war die **Solidarität** zwischen Erwerbsarbeit ausübenden und Arbeit suchenden Gewerkschaftsmitgliedern ein wichtiges Fundament der Gewerkschaften. Die Hälfte der Mitgliedsbeiträge wurde wieder an die Mitglieder in Form von Kranken- und Arbeitslosengeld wieder ausgeschüttet. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung waren in Gewerkschaftshand oder es wurde dies lautstark gefordert, weil diese sonst nur dem Kapital dienen würden.

Die **AIVG-Novelle 2007** brachte für Arbeit suchende Menschen die massivsten Verschlechterungen seit bestehen der 2. Republik. Die Novelle wurde von AK und Gewerkschaften wegen Einbeziehung der freien DienstnehmerInnen und WerkvertragnehmerInnen in die Arbeitslosenversicherung trotzdem als großer Erfolg gefeiert, ohne auf die zahlreichen Verschlechterungen hinzuweisen, geschweige diese offen zu bekämpfen.

Nun hat Österreich eine fast ausschließlich dem Kapital dienende

Förderungen gibt und für ArbeitnehmerInnen fast nur Hiebe in Form von AMS-Zwangsmassnahmen, die unter Androhung des Existenzentzuges aufgenötigt werden.

Die zu den Missständen im AMS schweigenden Gewerkschaften verdienen selbst an den „Sinnloskursen“ via bfi und anderer Einrichtungen kräftig mit. So manche AMS-Zwangsmassnahme, wie die „gemeinnützigen Personalüberlasser“ itworks (100% Tochter der SPÖ-nahen ÖSB – Österreichische Studien- und BeratungsgesmbH), jobtransfer und flexwork, werden dem Dunstkreis der Regierungspartei SPÖ zugerechnet. FSG- und SPÖ-Funktionäre besetzen AMS-Führungsposten und sitzen in den AMS-Gremien. Dass in der großen Koalition Gewerkschaften und AK in der Arbeitsmarktpolitik handzahn geworden sind und keine Zusammenarbeit mehr mit Arbeitsloseninitiativen suchen, ist also kein Zufall.

Es werden sich ArbeitnehmerInnen, die noch über ein reguläres Arbeitsverhältnis verfügen, fragen müssen, wozu sie Monat für Monat Gewerkschaftsbeitrag zahlen, wenn im Ernstfall der Erwerbsarbeitslosigkeit die Gewerkschaft sich derartig unsolidarisch und arbeitnehmerInnenfeindlich agiert.

Begriffserklärung:

BABE = Berufsvereinigung der ArbeitgeberInnen privater Bildungseinrichtungen, Vorsitzender: Mario Rieder, Geschäftsführer der Wiener Volkshochschulen GmbH

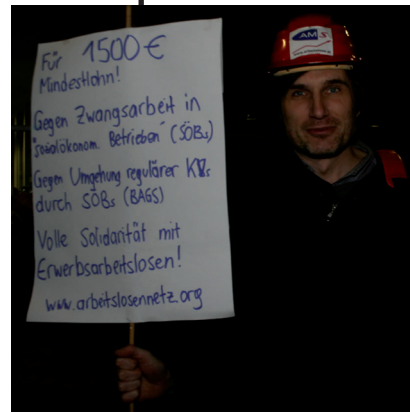
BAGS = Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe siehe <http://www.bags-kv.at>

Daß die Gewerkschaften nicht immer unsolidarisch zu Arbeit suchenden ArbeitnehmerInnen waren, zeigt folgender Auszug zum 3. Gewerkschaftskongress vom 11.7.

– 15.7.1900:

„Die Krisenerscheinungen hatten zur Folge, daß sich die Gewerkschaften mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigten. Da man erkannte, daß die Arbeitslosigkeit durch das Wirtschaftssystem bedingt war, suchte man Mittel, um die Folgen der Arbeitslosigkeit für den Arbeiter abzuschwächen. Der Kongreß der deutschen Gewerkschaften behandelte eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit als

eigenen Punkt der Tagesordnung. Im Kreise der österreichischen Gewerkschaften waren die Meinungen geteilt. Man wendete gegen eine staatliche Arbeitslosenversicherung ein, daß der Staat



Schon bei Demo BAGS-KV 2007 gefordert

Interesse daran haben müsse, die Zahl der Arbeitslosen niedrig zu halten, und daher auch eine von ihm organisierte Arbeitsvermittlung einrichten müsse. Um diese wirksam zu gestalten, müsse die Bestimmung bestehen, daß ein angewiesener Arbeitsplatz nicht ausgeschlagen werden darf. Dadurch aber zwingen man Arbeitslose zur Annahme von Arbeitsstellen mit schlechten Arbeitsbedingungen und züchte Lohndrücker und Streikbrecher. Wenn sich aber die Arbeitslosenunterstützung auf die Gewerkschaften beschränke, so bleibe sie eine Waffe im Lohnkampf. Mittelchen der staatlichen Sozialpolitik reichten nicht aus, um die Schäden der bestehenden Gesellschaftsordnung wirklich zu heilen.“

Fritz Klenner: „Die Österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme“, Seite 264, ÖGB Verlag, Wien 1951.

Da die Gewerkschaften die Arbeit suchenden ArbeitnehmerInnen in Stich lassen, haben Betroffene den Verein „**Aktive Arbeitslose**“ gegründet. Unsere **Forderungen**:

- * Keine Umgehung regulärer Kollektivverträge, Streichung der Transitarbeitsregelungen im BAGS- und BABE-KV

- * Schluss mit den menschenrechtswidrigen AMS-Bezugssperren (Existenzentzug)
- * Recht auf faire Arbeit und freie Berufswahl statt AMS-Schikanen und Zwangsarbeit im Niedriglohnbereich: Mindestlohn 1.700 Euro
- * Demokratische und solidarische Gewerkschaften !!!

www.aktive-arbeitslose.at